

MURER TAGBLATT

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. phil. Adolf...
Redaktion: ...
Verlag: ...

Verantwortlich: Dr. phil. Adolf...
Redaktion: ...
Verlag: ...

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Vertriebspreis: 10 Pfennig. Am 1. Dezember 1922.

Nr. 279

Freitag, den 1. Dezember 1922

17. Jahrgang

Das neue Landessteuergesetz.

Der Herr über deutsche Not reden oder schreiben will, ist in Verlegenheit, womit er den Anfang machen soll: mit dem Reich, den Ländern, den Gemeinden oder dem Einzelnen. Es ist letzten Endes die alte Geschichte: wenn es dem Haupt schlecht geht, leiden alle Glieder. Man darf aber doch wohl sagen, daß die Not des Reiches bei seinen einzelnen Gliedern, den Gemeinden, in progressiver Steigerung auftritt. Sie ist so groß geworden, daß die Lebensfähigkeit der Gemeinden schließlich in Frage gestellt ist. Daher ertönen denn ihre Hilfeschreie auch immer lauter und lauter. Die eigenen Einnahmefähigkeiten der Länder, und im besonderen der Gemeinden, sind im wesentlichen erschöpft. Das ständige Sinken des Marktwertes aber hat ihren Finanzbedarf nicht minder in die Höhe getrieben als den des Reiches. Während die entsprechende Steigerung der Reichsteuereinnahmen und damit auch der Anteile der Länder und Gemeinden durchaus nicht gleichen Schritt damit hält. So wächst die Notlage von Tag zu Tag.

Diesen Mitleiden sucht nun die soeben dem Reichstage zugegangene Novelle eines Landessteuergesetzes einigermaßen abzuhelfen. Die Reichshilfe vom 8. April d. J., wonach die Körperschaftsteuer von 10 auf 20 Prozent, die Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 2 Prozent erhöht und die Länder an der Kraftfahrzeugsteuer mit 50 bzw. 100 Prozent, an der Kennwertsteuer mit 50 Prozent beteiligt worden sind, war unzulänglich. Der neue Entwurf will nun die Kennwertsteuer den Ländern in voller Höhe und die Grundbesitzsteuer, an der die Länder zur Zeit mit 25 bzw. 50 Prozent beteiligt sind, den Ländern und Gemeinden je zur Hälfte in voller Höhe überweisen. Von der Einkommen- und der Körperschaftsteuer sollen Länder und Gemeinden statt bisher 1/3 künftig 1/2 zugewiesen erhalten.

Für die Umsatzsteuer, von der bisher die Länder 10 und die Gemeinden 5 Prozent erhalten, schlägt die Novelle eine doppelte Steigerung vor. Für die Länder war soll es beim alten Satze bleiben, weil diese Steuer den Bewegungen des Marktwertes mehr als jede andere Steuer folgt und sich also auch der Anteil der Länder dementsprechend erhöht. Für die Gemeinden dagegen soll der Anteil auf 25 Prozent und gleichzeitig die Umsatzsteuer selbst vom 1. Januar von 2 auf 2 1/2 Prozent erhöht werden. Dadurch würden die Gemeinden 27 Milliarden, die Länder 2,5 Milliarden mehr erhalten. Insgesamt würde aus der erhöhten Beteiligung an den bisher genannten Steuern den Ländern und Gemeinden ein Mehr von 39 Milliarden 800 Millionen zufließen. Beinhaltet der Entwurf somit das vielfach geforderte Zuschlagverbot der Gemeinden zur Umsatzsteuer ab, so verdoppelt er es bei der Grundbesitzsteuer für die Länder und Gemeinden, die eine Wertzuwachssteuer nicht erheben. Außerdem eröffnet er ihnen neue Steuerquellen zu selbständiger Bewirtschaftung.

Die Novelle geht auf dieser Linie weiter, überläßt das ganze Gebiet der Getränkesteuern den Gemeinden und sieht daneben noch eine Schandzettelsteuer vor, die auf die Umsätze in Speise, Schank- und Gastwirtschaften zu legen ist. Dabei läßt sie Höchstgrenzen der Gemeindeförderung, die die Länder festzusetzen haben, mit Rücksicht auf die Interessen der Reichssteuer, beim Branntwein der Monopolverwaltung für geboten. Schließlich und endlich soll den Gemeinden auch eine Steuer auf das Halten von Vieh gestattet werden.

Ein besonders wichtiges Kapitel sind die Zuschläge des Reiches zu den Mehraufwendungen der Länder und Gemeinden für Beamte und Angestellte. Das Reich hat bisher den Ländern für sich und ihre Gemeinden Zuschläge gewährt, die vom 1. Oktober 1921 bis zum 15. November d. J. bereits 180 Milliarden betragen. So weit diese Zuschläge mehr als 80 Prozent der Mehraufwendungen betragen, müssen sie zurückvergütet werden. Das ist aber auch der einzige und wahrlich nicht bedeutende Fortschritt, den die Novelle bringt. Im übrigen betont sie nur die Notwendigkeit des Abbaues des Personalbestandes, weil die Geltungsdauer des Wehrdienstgesetzes zunächst um 8 Jahre verlängert und steht in den Bereich der Reichszuschläge zu den Mehraufwendungen nach einer Reihe von weiteren Aufgaben der Länder und Gemeinden, z. B. auch für Dienste, die nur nebenberuflich geleistet werden, wie das beispielsweise im Fortbildungsschulunterricht vielfach der Fall ist. Diese Regelung wird von den Ländern und Gemeinden als durchaus unzulänglich betrachtet werden; man hatte allgemein mit einer Erhöhung auf 90 Prozent gerechnet.

Gegenüber wie man dem Entwurf durchaus zustimmen, wenn er ein Zuschlagverbot zur Einkommensteuer hätte abgibt. Zwar hat erst dieser Tage der Deutsche Landgemeindevorstand das Recht der Gemeinden auf Zu-

schläge zu den direkten Steuern ganz allgemein verlangt. Aber diese Forderung wird weder von den Ländern noch von den Gemeinden selbst einseitig vertreten. Die Höhe des Einkommensteuerbeitrages stellen schon an sich das Höchstmaß einer volkswirtschaftlich vertretbaren Belastung des Einkommens dar. Dieses Höchstmaß war infolge des gesunkenen Geldwertes schon mehrfach überschritten und hat immer wieder die Umbildung des Tarifs an den Geldwert nötig gemacht. Die Reichsgesetzgebung würde also mit der Gewährung einer Zuschlagsbefugnis an die Gemeinden nicht nur sich selbst widersprechen, sondern auch in weitesten Bevölkerungskreisen eine Beunruhigung hervorrufen, die mit dem bloßen Hinweis auf die finanzielle Notlage der Gemeinden nicht zu beschwichtigen wäre. Nebenbei darf noch bemerkt werden, daß die besondere Regelung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einer Zuschlagsbelastung die allergrößten technischen Schwierigkeiten entgegenzusetzen würde.

Die Londoner Vorkonferenz.

Die Vorkonferenz der Premierminister Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens für die Brüsseler Konferenz scheint nunmehr gesichert zu sein. Sie soll am 7. oder 8. Dezember in London stattfinden und soll die Einigung der vier verhandelnden Staatsmänner für ihre Stellungnahme in Brüssel sichern. Es handelt sich dabei um drei wesentliche Punkte. Zunächst und vor allen Dingen geht es um die Frage eines Moratoriums bezugnehmend, das Deutschland bereits am 12. Juli und von neuem in seiner Note vom 14. November verlangt hat, und zwar für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren. Da die viertragenden Staaten ohne ein neues Moratorium am 15. Januar wieder beginnen müßten, muß die Frage eines Moratoriums zuerst erwohnen werden. Ferner wird festzustellen sein, ob es möglich ist, die Gesamtheit der deutschen Schulden aufzustellen und ob es zweckmäßig ist, gleichzeitig die Frage der Interalliierten Schulden aufzurufen. Schließlich werde man eventuell Zwangsmaßnahmen, insbesondere die Ergreifung produktiver Pfänder, in Erwägung ziehen müssen für den Fall des „höhen Willens“ Deutschlands. Das sind drei Fragen von so weittragender Bedeutung und erfüllt von so starken Gegensätzlichkeiten der Auffassung, daß die erstrohte Einheitsfront der Alliierten diesmal wohl nicht ohne harte Auseinandersetzungen erreicht werden wird. Daß sie zustande kommen wird, ist wohl nicht zu bezweifeln, und ebenso wenig wird es ausbleiben, daß die Konfessionen, die dabei erforderlich sein werden, zum großen Teile auf Kosten Deutschlands gehen werden. So war es bisher immer, und so wird es leider auch diesmal wieder enden.

Lochur für Verständigung.

Der frühere französische Wiederaufbauminister Douhaeur sprach in Zürich über den Wiederaufbau in Frankreich und das Reparationsproblem. Er bestritt vorerst eine friedliche Politik der Verständigung und wies auf die schädlichen Folgen der Reparationskrisen für alle Länder, Besiegte, Sieger und Neutrale hin. Zur Vermeidung des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs Deutschlands müßten sich alle Staaten zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen im Interesse der bedrohten europäischen Wirtschaft. Am Schlusse seiner Ausführungen schlug Douhaeur die Gründung einer internationalen Bank zur Stabilisierung der Währungen und zur Finanzierung der Reparationen vor.

Italiens Reparationspolitik.

Die „Tribuna“ beschäftigt sich in einer deutlich inspirierten Note mit Italiens Stellung in der Reparationsfrage. Das Blatt spricht die Überzeugung aus, auch wenn eine militärische Drohung besteht, werde eine militärische Expedition nicht durchgeführt werden, da sie das Problem nicht lösen, sondern die allgemeine Lage nur erschweren würde. Doch trotz der Ablehnung der öffentlichen Meinung in Italien gegen Gewaltmaßnahmen sei es nicht ausgeschlossen, daß die Verbündeten eine gemeinsame Aktion unternehmen, wenn notwendig, was Deutschland tatsächlich zahlen könne und um es zu dieser Zahlung zu zwingen. Es sei festzuhalten, daß große deutsche Vermögen im Inland und Ausland in Auslandswerten festgelegt sind und nicht beansprucht werden. Die Reichsbank verfüge über eine genügende Deckung der Noten. (Woher denn nur?) Die Finanzlage des Reiches sei im Grunde genommen weniger ungünstig, als der Haushalt und die Marktentwertung vermuten ließen. Wenn es also ungerade wäre, Deutschland mehr abzufordern als es zu leisten imstande wäre, so ist es ebenso ungerade, sich der Zahlungsfähigkeit zu entziehen.

Die Amerikaner bleiben am Rhein.

„Aus New York wird den „Times“ mitgeteilt, daß gestern das Staatsdepartement in Washington eine offizielle Erklärung abgegeben hat, wonach die amerikanische Besatzungsarmee provisorisch im Rheinland verbleiben werden soll aus „bedeutenden Gründen der amerikanischen Politik“. — Weder nicht in einem zufälligen seitlichen Zusammentreffen mit den Pariser Verhandlungen über die Möglichkeit einer Befreiung des Ruhrgebietes kommt die Mitteilung des amerikanischen Staatsdepartements. Die Amerikaner bleiben also in ihrem Abschnitt des besetzten rheinischen Gebietes. Die Bevölkerung dort wird diesen Entschluß der amerikanischen Regierung ohne Zweifel begrüßen, denn wenn sie schon eine Besatzungsarmee ertragen muß, so sind sie die Amerikaner erheblich angenehmer als die Franzosen, die ohne Zweifel bei einem Abzug der amerikanischen Besatzung die ganze Zone für sich verlangen würden. Die französische Kammerdebatte zeigt ja nur zu deutlich das Streben der Regierung Poincaré, den Westwall an der französischen bis zum Rhein vorgehobenen Obergrenze immer höher und drohender auszubauen. Kleine Anzeichen sprechen dafür, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden, soweit es in ihrer Macht steht, der französischen Macht noch militärischen Übergriffen und mehrfacher Verschwendung deutscher Werte entgegenzuwirken gewillt sind. So ist durch die Amerikaner die Abfertigung neuer französischer Raketenbauten in Lothringen mit dem Hinweis darauf verhindert worden, daß sie für die amerikanischen Truppen ausreichend geordnete Unterkunft auch für die Franzosen genügen müßte. Die Möglichkeit einer derartigen Einflußnahme der Amerikaner ist aber sehr beschränkt, und es wäre aus diesem Grunde, wie aus politischen Erwägungen verfehlt, aus dem Verbleiben der amerikanischen Besatzung weitgehende Hoffnungen für den Schutze der deutschen Interessen zu ziehen. Das eine Gute aber hat die Unwesenheit der Amerikaner, daß sie vor allem Weltzeugen können für französische Taten und Gelüste, und daß dieses Zeugnis weiter wirken wird, als die deutsche Stimme allein es vermöchte.

Treugelände des rheinischen Volkes.

Durch das Rheinland geht in diesen Tagen die stärkste Welle politischer Erregung, ausgelöst von der Paris angehängten Politik der „produktiven Pfänder“. Fortgesetzt treffen in den Gewerkschaftsbüros aus Westfalen und Betrieben weiter Teile des Industriegebietes zahlreiche Anfragen ein, die zeigen, welche Besorgnisse entstanden sind. Es scheint daher wichtig, zu betonen, daß in diesen Fragen keinerlei Uneinigkeit im ganzen rheinischen Volke herrscht. Alle politischen Gegensätze treten weit hinter die Notwendigkeit einer einheitlichen Abwehr zurück.

Die christlichen Gewerkschaften sahen folgende Entschlüsse: Die Zeit ist vorbei, in welcher über die nationalen Geschicke eines Volkes von den Machtpolitikern allein entschieden wird. Ohne den Willen des arbeitenden Volkes am Rhein gibt es auch keine Lösung aller der Fragen, die wieder aufgeworfen sind.

Das Sparprogramm der Post.

In der Sitzung des Verkehrsrates beim Reichspostministerium machte der Vertreter der Postverwaltung Mitteilungen über das Sparprogramm. Danach soll die jetzige Organisation der Verwaltung stark dezimiert werden, eine Reihe von Kompetenzen von dem Ministerium an die Oberpostdirektionen und von diesen an die Postämter abgegeben werden. Eine Reihe von Postämtern könne aufgehoben, andere Kantien ohne Schaden mit geringerer besoldeten Kräfte besetzt werden. Der Schalterdienst soll, abgesehen vom Telegrafendienst, überall um 6 Uhr abends erfolgen. Gewisse Postämter müßten vergrößert, die Landbestellung aber abgebaut werden, und zwar in der Weise, daß in bestimmten Landstrichen nur eine oder zwei dreimalige Bestellungen in der Woche erfolgen sollen. Im übrigen Betriebe seien Maßnahmen zur Vereinfachung des Rasens und Rechnungswesens eingeleitet. Das Prüfungs- und Revisionswesen soll eingeschränkt, der Kraftwagenbetrieb immer mehr ausgedehnt werden. Das Sparprogramm soll eine Erstattung erfahren. In dem Fernsprechverkehr soll in den größeren Städten allmählich allgemein das Automatensystem eingeführt werden. Besonders Sorgfalt werde die Reichspostverwaltung dem Abbau des überflüssigen Personals zuwenden. Gegenüber 410 000 Köpfen vom Ende des Jahres 1921 seien am 1. April 1922 nur noch 386 000 ständige Betriebsstellen vorhanden gewesen. 3000 Beamte seien in letzter Zeit an die übrige Reichspostverwaltung abgegeben worden. Hier würden in der nächsten Zeit noch mehr Beamte ab-

ng
au
ver
bereren
ehen.
e ich
gend
lung,
tzen
e.
10
m Ny
rhdt
chuh.
Angebot!
12000
12000
6500
2500
be 36/43 2000
et 36/43 2750
ist ca 50 %
die leibigen
ungspresse, em
fortlängliche
Gins
bedarfes.
erbisney,
Reichsstr. 12
rwasser
Auswahl
preiswert
Gauger
denfabrik, Aue
am Wellenpfer
Del, hell
Margarine
Margarine
billiger
enbahnstraße 1
eun
den gesucht.
rtner, Aue
straße 1.
von 195.
Anzeige
den Erfolg im
Tageblatt

man durch den geschickten Wintermord eine Schwärzung Englands erzwinge.

Irishmen im Reichs-Parlament.

Bei der Abstimmung des Haushaltsbudgets für das Jahr 1928 am Mittwoch kam es zu lebhaften Szenen. Sämtliche von den deutschen Abgeordneten gestellten Änderungsanträge wurden von den Reichsparteien abgelehnt, was natürlich die Erbitterung der deutschen Abgeordneten erregte.

Kleine politische Meldungen.

Neues über Dr. Wirth. Wie erinnerlich, tauchte vor einigen Wochen die aufsehenerregende Nachricht auf, daß gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth ein Attentat vorbereitet gewesen sei.

Clemenceaus Propaganda in Chicago. In seiner Rede im Auditorium in Chicago besagte Clemenceau, daß Amerika die Verbündeten im Erste Weltkrieg, ohne sie genügend lange vorher davon in Kenntnis gesetzt zu haben, so daß sie andere Ermahnungen nicht hätten treffen können.

Neue Bestimmung in Irland. Aus Dublin wird berichtet, daß durch die Erhebung von Schiffszöllen eine Verschönerung aufgedeckt wurde, die die Beseitigung von 80 Parlamentariermitgliedern des Freistaates begreift.

Tischchen über die türkische Frage. Tischchen, der Volkskommissar des Außenen, empfing auf seinem Durchreise in Berlin die internationalen Pressevertreter und gab in einer kurzen Ansprache besonders über die Meerengenfrage und ihre Bedeutung für das Schwarze Meer die Ansicht der russischen Regierung wieder.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung in Aue.

Gestern Abend von 7/8 Uhr an wurde im Stadtverordnetenversammlungssaal die diesjährige 18. Stadtverordnetenversammlung abgehalten. Sie stand unter der Leitung des Stadtverordnetenvorstehers Frey und war

von 22 Stadtverordneten besucht. Am Abend waren neben Bürgermeister Schumann 7 Stadträte anwesend. Der Stadtverordnetenvorstand ging eine kurze Sitzung ein. Der Stadtverordnetenvorstand ging eine kurze Sitzung ein. Der Stadtverordnetenvorstand ging eine kurze Sitzung ein.

Von Stadt und Land.

Die allgemeine Teuerung, die für unser Gewerbe besonders unerträglich ist, zwingt uns, den Verkaufspreis erneut zu erhöhen und für den Monat Dezember auf 1.850.- festzusetzen.

Erhöhung des Brotgetreides. Wie den Wärrern mitgeteilt wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß in kurzer Zeit die Erzeugung des Brotgetreides mit Kartoffeln als notwendig wird.

Der griechische Ministerprozeß.

Die Hinrichtung der griechischen Minister und Abberufung des englischen Gesandten in Athen ist am Mittwoch Abend den Hauptgegenstand der Verhandlungen im Unterhause. Bonar Law erklärte zunächst, er besitze keine anderen Informationen, als die in den Presse erschienenen.

On Staffen hat der griechische Ministermord die gleiche Empörung hervorgerufen. Einmütig wird die Hinrichtung als brutales Verbrechen bezeichnet das selbst den Jarenmord übertrifft.

Die Hinrichtung der griechischen Minister geschahen Sage glaubt der Betit Pariser mitteln zu können, daß die französische Regierung nicht daran denke, in Nachahmung des Verfahrens des Londoner Kabinetts ihren Vertreter in Athen zurückzuberufen.

In Lausanne stand man am Mittwoch den ganzen Tag über unter dem Eindruck der Geschehnisse in Athen. Aus den Kreisen der meisten Delegationen verlautete, daß die Konferenz wahrscheinlich gesprengt werden würde.

Wenn die Aehren reifen.

Erzählung von Dantine von Winterfeld-Platen. (Nachdruck verboten.) Sie hatten die Höhe bei Grafes erklimmt und standen atemlos ein Weilschen still, auf ihre Bergsteige geschaut. Ulrich Halbdom hustete kurz und suchte sich nervös über die Stirn.

„Wenn ich die Aehren nicht hätte, Theo, dann würde ich irrsinnig. Die können einem noch zeitweilig was nützen noch etwas vorlügen, einen hinwegtäuschen aber die Seele und Zweckmäßigkeit unseres Daseins.“

undressierter Jagdhund mit neuen Augen.“ Theo dat mußte lachen. „Das wird noch alles, Ull, wir sind ja auch noch im Werden. Ich gäbe viel darum, wenn ich eine Schwester hätte.“

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Preisberechnung in glatten Markbeträgen.

Infolge der Sachwertigkeit ergeben sich bei der Preisberechnung für die verschiedenen Industriearbeitsnummern, die bereits für einen einzigen Artikel in den meisten Fällen vielfach sind, als es die Abschlußsummen großer Firmen für das ganze Jahr in der Vorjahreszeit waren. Hierdurch ist selbstverständlich die Festhaltung des Rechnungswertes in den Buchhaltungen der einzelnen Betriebe viel umfangreicher geworden, und da andererseits jede in der Buchhaltung beschaffte Kraft bei dem festigen Tarifgehalt für den einzelnen Betrieb finanziell in die Waagschale fällt, so ist es notwendig, darauf bedacht zu sein, unnötige Arbeitsleistung zu vermeiden, und die Arbeitskraft des Einzelnen möglichst rationell zu gestalten. Eine wesentliche Ersparnis und Ersparsnis würde das Weglassen der Pfennig-Kolonnen bedeuten, indem man Beträge unter 50 Pf. nach unten, und Beträge über 50 Pf. nach oben abrundet. Der Gesamtbestand des Handels-Schäfflers-Industriellen hat es daher für zweckmäßig, soweit dies nicht bereits geschieht, in Zukunft bei allen Buchungen und Preisberechnungen auf der vorher erwähnten Basis der Abrundung nach oben oder unten sämtliche Pfennigbeträge in Wegfall kommen zu lassen.

Gerichtssaal.

Ein mildes Urteil. Vor der Strafkammer in Darmstadt wurde am Montag gegen 16 Angeklagte verhandelt, die anlässlich der Reichswehr-Demonstrationen den Abg. Dingeldey von der Deutschen Volkspartei mißhandelt hatten. Die Strafen lauteten auf 1 bis 25 Monate Gefängnis. Als strafmildernd bezeichnete das Gericht, daß die Haupttäter nicht auf der Anklagebank saßen. Die jungen Leute seien durch die sozialdemokratische Presse verhetzt worden. Auch die Energielebenskraft der Polizei wurde hervorgehoben. Die Angeklagten hatten den Ungeordneten Dingeldey schließlich der Kundgebung der Ermordung Reichens aus seiner Wohnung geschleppt, durch die Straßen nach Darmstadt geschleift, mit Mißhandlungen gequält und schließlich beimaje an einen Laternenplatz aufgetupft.

Vermischtes

Neuer Dampfer. Auf der Werft von Blohm und Voß in Hamburg ist ein Turbinendampfer der Deutsch-Austral- und Lokomotiv-Fabrik von Stapel gelaufen, der den Namen „Eisen“ erhielt. Von der Veranstaltung einer Tauffeier wurde mit Rücksicht auf die heutige Wirtschaftslage Abstand genommen.

Sandströmungsbruch infolge des Schneesturms. Der Schneesturm, der am Dienstag in ganz Süddeutschland wüthete, hat in Karlsruhe auf dem dortigen Bahnhof zu sehr unliebsamen Vorfällen geführt. Da die Weichen fast verriegelt und eingetroten waren, fielen die Arbeiter aus, und die Arbeiter aus der Umgegend, für die es keine andere Transportmöglichkeit gibt, sammelten sich in Massen auf dem Bahnhof an. Als der D-Tag Basel-Hamburg einleitete stürmten etwa 300 Arbeiter den Zug und versuchten, die Schnellzuglokomotive abzufassen, da man die Arbeiter mit dem Schnellzug wegen Ueberfüllung nicht befördern konnte. Als die Arbeiter nicht zu ihrem Ziel gelangten, schlugen sie die Schienen des Schnellzuges ein und nahmen gegen die Polizei und die Bahnbefugten eine drohende Haltung ein. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Verhafteten werden sich wegen Sandströmungsbruches zu verantworten haben.

Schlammstauer in Jena. Da die Durchführung eines Schlemmersteuer-Ansatzes ist, hielt sich der Stadtrat zu Jena in anderer Weise. Durch ein Ortsgesetz über die Besteuerung der Bars, Dielen und ähnlicher Lokale ist geplant, von jedem Besucher eine Steuer zu erheben, die dem Werte von fünf Glas Stadtbieren (nach dem Dreieckel-Maß) entspricht. Die Lokale, deren Besuch steuerpflichtig ist, werden vom Stadtrat bestimmt. Der Besitzer, Pächter oder Nutznießer dieser Lokale haften für die Steuer. Einmütigkeit bestand über die Notwendigkeit der Steuer, nur über die Höhe gingen die Meinungen auseinander. Der Vertrag der Steuer soll zur Verbilligung der Milch für Winderbeimittel verwendet werden.

Wenn man keine Zeitung liest und außerdem ein bißchen bummelt. Aus Berlin wird geschrieben: In einem Nachbarort verkaufte eine Frau eine Kuh für 80 000 Mark. Das Tier war nach den heutigen Marktpreisen mindestens 300 000 Mark wert; aber die Frau hatte aus falscher Evasivität längere Zeit keine Zeitung gelesen, so daß ihr die heutigen Preise unbekannt geblieben waren.

Reuwall in Spanien. In Kup erfolgte ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Polizei und streikenden Arbeitern. Die Bewohner der Ortschaft Guilaraz, die sich geweigert hatten, verschiedene Nachbeträge zu bezahlen, sollten gestern gefoltert werden. Sie verarmten zum Widerstand 3000 Arbeiter aus den benachbarten Ortschaften, die mit Totschlägern und Messern bewaffnet die Gerichtsbeamten in drohender Haltung empfingen. Diese erlitten von der Waffe Gebrauch machen müßte, schließlich aber die Ordnung wieder herzustellen vermochte.

Letzte Drahtnachrichten.

Gegen die französischen Drohungen. Paris, 1. Dezember. Die Vertreter des freien Gewerkschaften und der freien Gewerkschaften im Reichstag, die etwa 80 000 Mitglieder besitzen, nahmen gestern eine Entschlossenheit an, in der unter Hinweis auf die unbilligen Entschlossenheiten der französischen Regierung, insbesondere dem Verbot der Ausfuhr von Waren, die in Frankreich hergestellt sind, eine Erklärung abgegeben wurde, die eine Erklärung der französischen Regierung nur durch Verhandlung, niemals aber durch Gewalt erfolgen könne. Alle Verhandlungen auf Lösung des französischen Problems vom deutschen Reich werden mit Unterstützung zurückgewiesen.

Wichtigste Meldungen. Berlin, 1. Dezember. Der Pariser Korrespondent der Volkischen Zeitung meldet, man habe es in französischen amtlichen Kreisen für wahrscheinlich gehalten, daß Wolcane im Falle eines negativen Ausgangs der Londoner Verhandlungen über die Reparationsfrage als Ersatz für die Reparationsleistungen zu geben, eine Lösung des Reparationsproblems durch Verhandlung mit den Verantwortlichen und mit Deutschland zu suchen. Man verheißt, daß die Verhandlung für den Fall Scheitern gewonnen ist.

Sachsen. Der Reichstag hat heute die Beschlüsse über die Reichswehrangelegenheiten und die Beratung von Reichs- und Provinzialparlamenten beschlossen. Die Beschlüsse über die Reichswehrangelegenheiten sind die Beschlüsse über die Reichswehrangelegenheiten, die Beschlüsse über die Provinzialparlamenten sind die Beschlüsse über die Provinzialparlamenten. Die Beschlüsse über die Reichswehrangelegenheiten sind die Beschlüsse über die Reichswehrangelegenheiten, die Beschlüsse über die Provinzialparlamenten sind die Beschlüsse über die Provinzialparlamenten.

Aus Lausanne. Die Konferenz geht weiter. Lausanne, 1. Dezember. Über die heutige Unterredung zwischen Lord Curzon und Venizelos erzählt man, daß sie volle Uebereinstimmung der beiden Delegationen über die Vordinge in Athen sowie die Rückberufung des englischen Gesandten in Athen seinen Einfluß zu einer Unterbrechung der Konferenzarbeiten und auch seinen Einfluß zu einer Änderung der Haltung der beiden Delegationen auf der Konferenz gebe.

Die Meerengenfrage am Montag. Lausanne, 1. Dezember. Ein Vertreter der russischen Delegation begab sich heute abend zu dem Generalsekretär der Konferenz, Staffigli, dem er den Wunsch der russischen Delegation mitteilte, daß die auf Freitag festgesetzte Sitzung über die Meerengenfrage auf Montag verschoben werden möge, damit die russische Delegation und die anderen russischen Delegierten, die man erwartete, an den Beratungen teilnehmen könnten. Dem russischen Wunsch entsprechend ist wirklich die erste Sitzung der Konferenz über die Meerengenfrage auf Montag verschoben worden. Über die Auffassung der russischen Delegation von der Lösung von der Alliierten überreichen Note erzählt man, daß die Russen bereit sind, an der Debatte über die Meerengenfrage teilzunehmen, und daß sie diesen Teil des Vertrages unterzeichnen werden. Sie wollen aber auf die Befehle hin, die sich aus der alliierten These ergeben, da die Bestimmungen eines Vertrages, von dem es ausgeschlossen wird, nicht anerkennen kann. Eine endgültige Entscheidung wird voraussichtlich erst nach Rückfrage Kadowits mit Tischlerin erfolgen. Man sieht in dem Gefühl um Aufschub den Beweis dafür, daß ein endgültiger Beschluß innerhalb der russischen Delegation noch nicht gefaßt wurde.

Konflikt in Thrazien. Paris, 1. Dezember. In Ergänzung der heutigen Meldung der Chicago Tribune über eine gegen Griechenland gerichtete Aufstandsbewegung in Westthrazien meldet eine Nachrichtenagentur aus London, daß die große Eisenbahnlinie in der Nähe von Adrianopel aufgerissen worden und der Orientexpress entgleist sei. Ob das Unglück mit den lokalen türkischen Erhebungen an der thrazischen Grenze im Zusammenhang steht, sei noch nicht festgestellt. Ferner wird berichtet, daß die Wirren in Thrazien ziemlich ernstem Charakter hätten. Die Segen von Deceagich soll von einer 5000 Mann starken türkischen Bande beherrscht sein, die für Thrazien eine Volksabstimmung verlange.

Abendung des griechischen Königs. Paris, 1. Dezember. Nach Meldung einer Nachrichtenagentur aus Athen hat gestern König Georg von Griechenland, sobald er erfahren hatte, daß Prinz Andreas vor ein Kriegsgericht gestellt werde, seine Abdankung angeboten. Die Verhandlung gegen Prinz Andreas soll nach „Chicago Tribune“ am Montag beginnen.

Sofia, 1. Dezember. Die aus Wien stammenden und in einigen ausländischen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten, daß König Boris auf einem Ausflug in der Umgegend von Sofia von Räubern überfallen und ausgeplündert worden sei, wird von der bulgarischen Telegraphenagentur als vollkommen unrichtig bezeichnet.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit 7800.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Goldmann. Druck u. Verlag: Kauer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aus.

AUSSTATTUNGSWAREN

Küchenwäsche
Wischtücher kariert, gestickt ... Stück 198.-
Küchenhandtuch Wattelegroße . Meter 290.-
Gesichtshandtuch mit 1000 Strichen Wattelegroße Meter 480.-
Gesichtshandtuch Halbleinwand, schöne Dessins, gestickt, Wattelegroße, 1000 Striche 980.-

Bettwäsche
Linen Qualität, Stoff Nr. 3 Kleinen, 1 Dutzend Garnitur 7800.-
Bettgarnitur 1000 Strichen, Wattelegroße, 1000 Strichen 9800.-
Stangenleinen 1000 Strichen, Wattelegroße, 1000 Strichen 11700.-

Tischwäsche
Tischtuch 1000 Strichen, Wattelegroße, 1000 Strichen 4500.-
Tischtuch 1000 Strichen, Wattelegroße, 1000 Strichen 5000.-
Teegedecke 1000 Strichen, Wattelegroße, 1000 Strichen 10800.-

Wäschestoffe / Inletts Bettstellen / Bettfedern

Kaufhaus Schocken

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Verkauf von Waren für die kommenden Monate. Die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate, die Waren für die kommenden Monate sind die Waren für die kommenden Monate.

Trachtrechtliche Ansprüche gegen die Eisenbahn.

Nach Anordnung des Reichsverkehrsministers ist die Zuständigkeit der Eisenbahndienststellen bei Erzielung von Entschädigungen auf Entscheidung der Reichsbahnverwaltung über die Vertheilung von Geld, Erzeugnissen, Gütern, lebenden Tieren und Sachen im Bereiche der Reichsbahnverwaltung Dresden neu geregelt worden. Hiernach sind bei Entschädigungen des Binnenverkehrs der deutschen Reichsbahn für Entschädigungen bis zu einem Höchstbetrag von 100 000 Mark die Eisenbahn-Verkehrsministerien zuständig, soweit die Entschädigungen nicht durch die besonders ermächtigten Abfertigungsstellen zu regeln sind. Die Verkehrsministerien sind ferner befugt, über Entschädigungen auf Erstattung von Wagenstandsgeldern und sonstigen Nebenabgaben, sowie Frachtschläge (ausschließlich bei Frachtschlägen für unrichtige Inhaberkennungen) bis zu einem Höchstbetrag von 50 000 Mark zu entscheiden. In eigener Zuständigkeit sind zur Erzielung von Entschädigungen aus dem Frachtvertrage über die Vertheilung von Gütern und lebenden Tieren wegen Verlustes, Zerstörung, Beschädigung oder Verzögerung der Beförderung bis zu einem Höchstbetrag von 10 000 Mark die Eisenbahndienststellen zuständig, wenn der Entschädigungsbetrag sich auf eine Entschädigung des Binnenverkehrs der deutschen Reichsbahn bezieht und die geltende Entschädigung des Binnenverkehrs von 10 000 Mark nicht übersteigt. Auch in den Fällen, wo die Abfertigungsstellen die Entschädigungen aus der Zuständigkeit nicht zuständig sind, empfindet es sich, zur Abklärung der nötigen Erörterungen den Antrag bei denjenigen Abfertigungsstellen einzureichen, die entweder als Verbands- oder als Einzelstation an dem Frachtvertrage beteiligt ist. Zur Erzielung von Entschädigungen und Erstattungsbeiträgen, die Beträge über 100 000 Mark oder den internationalen Verkehr betreffen, bleibt die Reichsbahnverwaltung und das Verkehrsministerium in Dresden allein zuständig.

Zur Zeit ist folgenden Abfertigungsstellen die Erzielungsbefugnis erteilt: a. Eisenbahnverwaltung u. a. Organe, b. Eisenbahnverwaltung u. a. Organe.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.
1. Advent, 8. Dezember: vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst; Sonntagskirche: a) 10 Uhr Messen in der St. Nikolai-Kirche, b) 11 Uhr Kindergottesdienst; B. Segnungen; nachm. 4 1/2 Uhr Jugendgottesdienst des 1. Bezirkes; Segnungen; nachm. 4 1/2 Uhr Jugendgottesdienst; Segnungen; 5 Uhr in der Kirche Advents- und Weihnachtslieder-Vortrag für Kinder; Certeil. Kinderchor mitbringen; Abends 8 Uhr in der Kirche Advents- und Weihnachtsliederabend, Lichtbildvortrag; Certeil. Gesangschor mitbringen! Nur für Erwachsene. Eintritt zu diesen beiden Lichtbildvorträgen frei, freiwillige Gaben für Unkosten aber erbeten! Jungmänner- und Jungfrauenverein besuchen den Familienabend. Großmütterchen-Abend in der Kochschule ab 8 Uhr für die 1. Abt. Nr. 1-78.
Donnerstag abends 8 Uhr Solimanenchor, 8 1/2 Uhr Kirchen-

Orgel. Dienstag abends 8 Uhr Versammlung der Kirchenmänner des 1. Bezirkes im großen Saal; B. Segnungen; Abends 8 Uhr Marktwort. Mittwoch abends 8 Uhr in der Kirche Adventgottesdienst mit anschließender Beichte und Abendmahlfeier; D. Segnungen; Donnerstag abends 8 Uhr Adventabend und Christl. Verein junger Männer; Freitag abends 8 1/2 Uhr Bibelstunden für konfirmierte Töchter; D. Segnungen; Samstag abends 8 Uhr Vorbereitung für Kindergottesdienst; Certeil.
2. Advent, 10. Dezember, nachm. 4 1/2 Uhr in der Kirche Kirchengesang; Die Geburt Christi.
Weihnachtsfamilienabend des Christl. Elternvereins am 15. Dezember abends 8 Uhr im Bürgergarten.
Friedenskirche.
1. Advent (Kirchenjahresanfang): Kirche ist geöffnet. 9 Uhr Hauptgottesdienst. Kinderchor; Tochterchor u. Chöre. Verlesung einer Ansprache des Landesbischofs. Beichte u. Abendmahl. 11 Uhr Kindergottesdienst. 8 Uhr Adventfeier mit

Dekorationen und Lichtbildern (Oberammergauzer Passionsspiele).
Mittwoch, den 6. Dezember: 8 Uhr Adventsabend.
Donnerstag, den 7. Dezember abends 8 Uhr Gustav-Kobold-Frauen-Verein.
Gemeinschaftshaus (Dobauer Straße 1 b).
Sonntag, 4 1/2 Uhr: Sonntagschule; 8 1/2 Uhr: Gesangsgottesdienst (Herdermann willkommen!). Dienstag, 6 Uhr: Blaufreudstunde. Mittwoch, 8 Uhr: Mädchen-Jugendbund; Donnerstag, 8 Uhr: Elternabend (Vortrag von Herrn Lehrer Schwarzbach); Freitag, 8 Uhr: Jungmänner-Jugendbund!
Reinholdshöhe Gemeinde, Aue.
(Kapelle Schneeberger Straße 74.)
Sonntag 9 Uhr vorm. und 7 Uhr nachm. Gottesdienst. Mittwoch 8 Uhr nachm. Evangelisation. Freunde und Gönner sind hierzu herzlich eingeladen.

Sächs. Schweiz, Radlumbad Oberschlema.

Sonntag, den 3. Dezember, von nachm. 4 Uhr an „Hauskirmes“
m. dem feinen Ball,

gespielt von einer Zigeuner-Kapelle unter Mitwirkung einer Zigeunerin als Piston-Solistin (Senta Ansaourow). ff. Biere u. Weine. Gute Küche. Freundl. ladet ein A. verw. Otto.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig.

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am **Dienstag, den 19. Dezbr. 1922, mittags 12 Uhr** im Sitzungssaale unserer Bank, Leipzig, Brühl 75/77 und Richard Wagner-Straße 1, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Erhöhung des Grundkapitals um M. 400 000 000.— auf M. 800 000 000.— durch Ausgabe von 400 000 Stück ab 1. Januar 1923 gewinnanteilsberechtigten Aktien über je M. 1 000.— und zwar
100 000 Stück voll einzuzahlenden Stammaktien,
280 000 „ vorerst mit 25 % einzuzahlenden Stammaktien,
20 000 „ mit 25 % einzuzahlenden Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht in gewissen Fällen.
Beschlussfassung über weitere Sonderrechte der Vorzugsaktien sowie Festsetzung der Aktienausgabe-Modalitäten bei Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der alten Aktionäre.
2. Änderungen des Gesellschaftsvertrags: In § 4 (Grundkapitalziffer und Zusammensetzung des Aktienkapitals), § 8 Abs. 2 (Stimmrecht) und letzter Absatz (erforderliche Mehrheit bei Generalversammlungsbeschlüssen), § 10 Abs. 2 (Mehrheit bei Satzungsänderungen), § 31 (Änderung der Gewinnverteilung infolge der Vorzugsdividende für Vorzugsaktien sowie durch Erhöhung des Gewinnanteils des Aufsichtsrates).
3. Aufsichtsratswahlen.
Die Ausübung des Stimmrechts ist davon abhängig, daß die Aktien zu diesem Zwecke hinterlegt werden spätestens am 16. Dezember 1922 bei uns in Leipzig oder bei einer unserer Niederlassungen, bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Bielefeld, Bremen, Dessau, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Münster, Sieding, Stuttgart, bei der Anhalt-Dessauischen Landesbank in Dessau, bei der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft in Meiningen, bei dem Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. in Barmen, Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Köln, Osnabrück, Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München, bei der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G. in Nürnberg, bei der Braunschweigischen Bank und Kreditanstalt A.-G. in Braunschweig, bei der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg, bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, Krefeld, Düsseldorf und Aachen, bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, bei dem Bankhaus Altenburg & Lindemann in Naumburg a. S., bei dem Bankhaus Johann Liebig & Co. in Wien, bei dem Bankhaus L. Wolfram & Co. in Außig (Elbe).
Hierdurch wird die gesetzliche Ermächtigung des Aktionärs zur Hinterlegung bei einem Notar nicht berührt.
Die über die Hinterlegung ausgestellten Bescheinigungen dienen als Einlaßkarten zur Generalversammlung.
Leipzig, den 27. November 1922.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Petersen. Schoen. Weißel. Grimm. Wunderlich. Mauritz.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17. Fernr.: 768.
Ab Freitag
Der größte Berg- und Sportfilm
Das Wunder des Schneeschuh's
Zweiter Teil:
Eine Fuchsjagd auf Skiern durchs Engadin
6 Akte — unter Mitwirkung der Meister-Skilaufers aus Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Schweiz und Ungarn.
Hierzu
Der Zirkuskönig
vierte Episode: „Im Namen des Gesetzes“
6 Akte mit Eddie Polo.
Tägl. Anfang 5 Uhr; Letzte Vorstellung gegen 9 Uhr.
Sonntag nachm. 2 Uhr Sondervorführung für den Ski-Verein, Aue, wozu auch Fremde und Gäste herzlich willkommen sind.
Von 4—7 Uhr Jugend- und Familienvorstellung.

Hühneraugen
werden Sie sicher los durch
Hühneraugen - Lebewohl!
Mornhaut an der Fußsohle beseitigt
Lebewohl - Salben - Scheiben
Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf.
In Drogerien und Apotheken.
Eier & Co. Nachfolger, Inh. K. Sommer, Aue.

Achtung!
Ein Posten
getragene Schuhe
Nr. 40 bis 44 und
ein Posten **getragene Herren-Anzüge**
preiswert bei
Willy Hänel, Aue,
Bahnhofstraße 55.

Tischler- u. Polstermöbel
aller Art kaufen Sie günstig bei
Möbel-Schmidt
Alberstr. 8 (kein Laden) Telaph. 567.

Elfen-Sti Original
Norweger,
zu verkaufen. Angeb. u. H. T. 5491 an das Auer Tageblatt.
Guterhalt. **Schrod-Angus**
u. 1 Paar **Damenpangenschuhe**, Gr. 38, zu verkaufen.
Wegstraße 36, p. 1.

15000 Mark
zahlen wir für geb., alte
große Messerposten
Nr. 7, 88 mit Holzstiel,
ohne solches 14000 Mk. und
erbiten sofort. Nachbarmess-
leistung ohne Anfrage.
Wegstraße 30 cm lang,
schneefest, von oben u. unten,
Stempel: Messerfabr. Mauser
Oberndorf a. Neckar, Hl. 1000.
m. — Alle anderen Posten,
auch Messer 9 cm (Hl. 600 m)
werden nicht gekauft.
Waffenbl. Wabers & Weg
in Rönigsberg, Pr. S.

Aia
Bestes
Putz- u. Scheuermittel
Unschädlich
in Haus,
Werkstatt,
Fabrik.
HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

Günstiges Angebot!
Herrenschürstiefel 12000
Damenstiefel 12000
Damenhalbschuhe 6500
Hilfstiefel 36/42 2500
Ramelhaarschuhe 36/42 2000
Ramelhaarschuh 36/42 2750
Wein Angebot ist ca. 50 %
niedriger wie die jetzigen
Wiederbeschaffungspreise. Em-
pfehle deshalb sofortige Ein-
bedingung Ihres Bedarfes.
Ernst Korbinik,
Schuhhaus, Reichstr. 12.

Zöpfe
fertig fauer und gut von
dagugegebenen Haaren unter
Garantie der Verwertung
Stern & Gauger
Röfpe- u. Verleidenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Naturheilverein I Aue
Die besten Östbäume werden Sonntag, den
10. Dezember, vormittags 8 Uhr, ausgegeben.
Der Fugenohnd findet Sonnabend, d. 2. Dezbr., (Natl.
Der Vorstand.

Empfehle morgen zum **Wochenmarkt**
geschl. bayerische Gänse,
sowie
prima Tafeläpfel
zu billigen Preisen. **Mag Weber, Aue.**

Drucksachen
In sauberster Ausführung liefert schnell
und preiswert die Buchdruckerel des
Tageblattes.

Größte Stuhlfabrik d. Saargebietes
verbunden mit Sägewerk und Möbelfabrik — Arbeiterzahl ca. 400 —
stellt sofort
einen Werkmeister,
welcher über die nötigen Kenntnisse und Energie verfügt, ein. Es kommt nur
eine erste Kraft in Frage und wollen Bewerber, welche in ähnlicher Stellung
tätig sind oder waren, Lebenslauf und Zeugnisse mit Lichtbild einreichen. Den
Fähigkeiten entsprechend wird ein Gehalt bis Francs 800.— = 300 000.— Mark
im Monat ausgesetzt.
Ebenfalls werden gesucht:
Ein Vorarbeiter für Spritzverfahren,
für Zusammenbau,
f. Schleiferei u. Ausarbeitung.
Fraulanterner Holz- und Sägewerke G. m. b. H.,
Fraulantern/Saar.

Jüngere Schnitzbauer
selbständ. Arbeiter, stellt ein
W. G. J. Sommer & Söhne,
Bernburg II.

Achtung!
Berpfunde ein
pa. junges Kind
bes. Pfd. 360 Mark.
Gustav Martin,
Ede Albert- u. Wettinerstraße

Rohwolle u. Häute
kauft zu realen Preisen
Kurt Junghans,
Helmholtzstr. 19
(Auer Tageblatt) Fernruf 642

Photo-Atelier
Kolby Zwickau
Zum Weihnachtsfeste:
Billigste Preise!
Aufnahmezeit: Ununterbrochen Sonn- und
Feiertags bis 4 Uhr (Adventsonntagen bis
6 Uhr). — Wochentags bis 6 Uhr.

Ausgekämmtes Frauenhaar
kauft zu höchstem Tagespreis
Walter Wappler, Damenfriseursalon u. Puppenklinik,
Aue, E.-Papst-Str. 2, gegenüb. Kaufh. Schocken. Fernruf 620.

Ankauf, Abbruch, Verwertung
von Maschinen und maschinellen Einrichtungen
jeder Art, ganzer Fabrikunternehmungen aller In-
dustrien übernimmt laufend mit eigenem,
geschultem technischen Personal
L. J. Joachimsthal, Chemnitz-Kappel
Fernsprecher Nr. 2683, 2684, 2685.

Empfehle zu billigsten Tagespreisen
bei Abnahme von **la Käse, vorzüglich. Tafel-**
mindestens je 9 Pfd. **margarine (wie Butter), la Schweinefleisch.**
G. W. A. J. A. J., Metzerei-Produkte, Wettinerstr. 11 (Aue).
NB. Seit 40 Jahren in Sachsen bestens eingeführt.

Aufrichtigen Dank
sagen wir allen denen, die unsere geliebte Mutter
Frau Frieda Gebner
durch Blumenschmuck, Beileidsbezeugungen und Begleitung zum Grabe im
Tode noch ehrten und uns ihre Anteilnahme bekundeten. Insbesondere
herzlichen Dank Herrn Pfarrer Leßmüller für die trostreichen Worte.
Dir aber, liebe, gute Mutter, rufen wir in Deine kühle Gruft ein „Habe
Dank“ und „Ruhe sanft“ nach.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Aue, Berlin, Mosel, den 1. Dezember 1922.

Uebe
Die
scheint
etwa,
welche
in Lon-
ferens
liche
tion
Bora
gan
max
groß
begeg
wird.
Sach
rator
Regie
tern
inter
haben.
Da
als
haben.
don
Deutsch
beur
von